

Energiewende – Presseschau

24. Oktober 2012

Netzbetreiber erhöhen EEG-Umlage – BM Altmaier plant Neuregelung des EEG

Bundesnetzagentur Pressemitteilung vom 15. Oktober 2012

Die EEG-Umlage wird 2013 auf 5,277 ct/kWh erhöht, wie die Übertragungsnetzbetreiber am 15. Oktober verkündeten. Dies ist sowohl auf den zu erwartenden Zubau Erneuerbarer Energieanlagen als auch auf die ausgeweitete Befreiung energieintensiver Betriebe zurückzuführen. Weiters muss allein durch den Rückgang des Strom-Börsenpreises ein unerwartetes Defizit aus dem Vorjahr von rund 2,6 Mrd. Euro ausgeglichen werden. Da die steigende EEG-Umlage zunehmend von privaten Haushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen zu tragen ist, plant Bundesumweltminister Peter Altmaier eine Neuregelung des EEG. Inhalt einer Reform soll unter anderem eine Deckelung der EEG-Vergütung bei Strom aus Windkraft und Biomasse sein. Zudem regt Altmaier an, Möglichkeiten zur geographischen und regionalen Steuerung im EEG vorzusehen, die Direktvermarktung zu verstärken und Speicheraspekte in das EEG zu integrieren. Aufbauend auf fünf „EEG-Dialog“-Veranstaltungen bis Mai 2013 soll ein neuer Gesetzesentwurf erarbeitet werden. Nähere Informationen zur Erhöhung der EEG-Umlage finden Sie hier:

http://www.bundesnetzagentur.de/clin_1911/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/121015_EEGUmlage.html?nn=65116

Den Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des EEG von BM Altmaier finden Sie unter: http://www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/49213.php

Standortfaktoren für Windkraftanlagen

Die Welt vom 8. und 10. Oktober 2012; Energie & Management vom 15. September 2012; Grafenauer Anzeiger vom 26. September und 8. Oktober 2012; Süddeutsche Zeitung vom 28. September 2012

Die Windkraft gewinnt auch an küstenfernen Standorten zunehmend an Bedeutung. Neben der steigenden Anlagenzahl ist auch die Leistungsverbesserung, die Steigerung der Größe und die gleichzeitige Minderung des Gewichts von Bedeutung, sodass zur Kosteneinsparung an neuen Techniken wie Gitter- und Holztürmen gearbeitet wird. In Bayern wurden bereits bzw. werden derzeit potentielle Flächen in Regionalplänen festgelegt, jedoch gibt es teilweise standortbedingte und finanzielle Hindernisse: Bei dem geplanten Windpark im Ebersberger Forst hatte sich der Investor Green City Energy zwischenzeitlich zurückgezogen, da lange Uneinigkeit über die Höhe der Windmessungen herrschte. Im Landkreis Freyung-Grafenau wurden Flächen aufgrund einer nahegelegenen, sensiblen seismologischen Messstation sowie der Nähe zur Nationalparkgrenze gestrichen. In den Kommunen Waldkirchen, Schöfweg und Schönberg sind Anlagen möglich. Um das vorhandene Potential der Windenergie in Bayern nutzen zu können, müssen demnach noch weitere geeignete Standorte genau untersucht werden. Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.welt.de/print/die_welt/article109724470/Windkraft-wird-in-Deutschland-immer-wichtiger.html

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/streit-um-messung-aus-fuer-windpark-im-forst-1.1481125>

<http://www.buergerwind-bayerwald.de/index.php/pressearchiv/landkreis-freyung-grafenau>

Energie-Effizienzrichtlinie vom EU-Rat beschlossen

Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union vom 4. Oktober 2012

Nachdem das EU-Parlament bereits im September die neue EU-Energieeffizienz-Richtlinie abgesegnet hatte, hat nun auch der Rat der Europäischen Union der Richtlinie zugestimmt. Diese enthält rechtsverbindliche Maßnahmen, um einen effizienten Umgang mit Energie – von der Erzeugung über die Verteilung bis hin zum Verbrauch – zu forcieren. Beispielsweise sollen 3 % der Regierungsgebäude pro Jahr energetisch saniert werden. Ziel ist es, bis 2020 die Energieeffizienz in der EU um 20 % zu steigern. Die Mitgliedstaaten müssen die Bestimmungen innerhalb von eineinhalb Jahren in nationales Recht umsetzen. Nähere Informationen zur Energie-Effizienzrichtlinie finden Sie unter: http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_de.htm



C.A.R.M.E.N.

Energiewende – Presseschau

Förderprogramm „Nachhaltige Stromerzeugung durch Kommunen und Bürgeranlagen“

Pressemitteilung der Regierung von Mittelfranken vom 20. September 2012

Um Hemmnisse in der Entwicklungs- und Startphase von kommunalen Anlagen und Bürgeranlagen im Bereich nachhaltiger Stromerzeugung abzubauen, trat Anfang August 2012 das Förderprogramm „Nachhaltige Stromerzeugung durch Kommunen und Bürgeranlagen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit in Kraft. Durch dieses Programm werden Machbarkeitsstudien, Vorprojekte und Rechtsberatungen in Bezug auf die zu wählende Rechtsform der Betreibergesellschaft für Wind-, Wasser-, Photovoltaik-, Biomasse- und Geothermieanlagen mit bayernweit sechs Millionen Euro gefördert. Die Anträge sind an die jeweilige Bezirksregierung zu stellen. Weitere Informationen zum Förderprogramm finden Sie unter:

<http://www.stmug.bayern.de/umwelt/oekoenergie/nastrome/index.htm>

http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/aufg_abt/abt1/p_archiv/2012/pm065_12.html

Netzbetrieb in kommunaler Hand

stadt+werk September 2012; energiespektrum 08/2012; KOMMUNALtopinform Oktober 2012

Kommunen und Stadtwerke haben zukünftig die Möglichkeit, den Betrieb von Stromnetzen für den Ausbau Erneuerbarer Energien (EE) aktiv zu gestalten. Während die Stromkonzessionen derzeit noch überwiegend im Besitz der vier großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) sind, geht die Tendenz bei der Neuvergabe zwischen 2012 und 2016 hin zu einer Rekommunalisierung: Über 100 große Städte und Gemeinden planen, ihre Netze zurückzukaufen. Landsberg am Lech gilt dabei als Vorreiter. Die örtlichen Stadtwerke betreiben mit anderen Werken einen partnerschaftlichen Einkauf und die gemeinsame Vermarktung von erneuerbarem Strom. Ein weiteres interkommunales Projekt ist die ZukunftsEnergie Fichtelgebirge, an dem die Gemeinden Wunsiedel, Kirchenlamitz, Arzberg und Helmbrecht beteiligt sind. Für den weiteren Ausbau der EE sowie der Netze wollen Stadtwerke zukünftig laut einer aktuellen Umfrage sogar mehr investieren, als es die großen EVU planen. Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.energiespektrum.de/index.cfm?pid=1705&pk=123634>

http://www.bdew.de/internet.nsf/id/de_stadtwerke-studie

Recycling von PV-Modulen

bifa-aktuell 3/2012 vom 30. August 2012

Durch die Novellierung der EU-Richtlinie für Elektronik-Altgeräte ist für PV-Module zukünftig eine Sammel- und Verwertungsquote vorgesehen, die Hersteller ab 2018 verpflichten soll, gewichtsbezogen 80 % der Anteile eines PV-Moduls zu recyceln. Das stoffliche Recycling hilft dabei, die mit der Herstellung der Ausgangsmaterialien verbundenen CO₂-Emissionen zu reduzieren und zusammen mit der Abtrennung des Glasanteils und Metallrahmens die erforderliche Recyclingquote zu erfüllen. Das größte Potential zur Reduzierung der Umweltwirkungen liegt jedoch im Recycling des Silizium-Anteils, welcher vorerst aus wirtschaftlichen Gründen ungenutzt bleibt. Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.bifa.de/index.php?id=112&show=detail&cid=256&mod=1&n=>

Weitere Informationen:

C.A.R.M.E.N. e.V., Tel.: 09421/960-300, E-Mail: contact@carmen-ev.de



Die Energiewende-Presseschau ist Teil der Initiative LandSchafttEnergie des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

